

TOP 7: Schwetzingen Höfe Fördermodell – Anpassung Gehaltsgrenzen Stellungnahme CDU-Fraktion (Sarina Klein)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürger,

Inflation, Ukrainekrieg, Nachwehen der Corona-Krise, steigende Baukosten, hohe Zinsen – die Liste ist lang und die Negativfaktoren gewinnen an Aufwind. Insbesondere junge Familien haben kaum bis keine Chance mehr, trotz guter Verdienste und Erspartem Wohnungseigentum zu erwerben, dabei ist dies so eine wichtige Säule ihrer Alterssicherung. Ob sich Arbeiten in diesem Land noch lohnt, darf man sich durchaus heute fragen.

Gerne möchte ich mal ein Szenario durchspielen, das viele junge Menschen beschäftigt, näher gesagt durchaus zur Verzweiflung bringt. Ein altes, sanierungsbedürftiges Häuschen in Schwetzingen und Umgebung kostet schnell 600.000 € aufwärts, hinzukommen rund 50.000 € Kaufnebenkosten und 150.000 € notwendige Sanierungsmaßnahmen. Eine Summe von rund 800.000 € und da ist die Immobilie noch nicht mal energetisch auf dem Laufenden. Hat man vielleicht fleißig gespart und kommt auf ein Eigenkapital von 200.000 €, reden wir von einer Finanzierungssumme von 600.000 €.

Bei 4 % Zins heißt das 24.000 € Zinsen pro Jahr, also 2.000 € Zins pro Monat. Rechnet man 2 % Tilgung, Grundsteuer und Nebenkosten oben drauf kommt man schnell auf einen monatlichen Betrag von 3.500 € oder mehr. Und da sagt dann die Politik lachend, dass man ab 62.000 € Jahreseinkommen grundsätzlich „reich“ ist und der Spitzensteuersatz das Mittel der Wahl sei. Fast schon ironisch in den aktuellen Zeiten.

Nun haben wir die recht einmalige Chance in unserer Stadt, dass auf den Schwetzingen Höfen Eigentumswohnungen entstehen, die durch unser bereits verabschiedetes Fördermodell einigen jungen Menschen noch zugänglich gemacht werden könnte. Hierzu hatten wir Einkommensgrenzen beschlossen, die nun durch den enormen Zinsanstieg überholt sind. Denn Menschen, die mit ihren Gehältern in den alten Einkommensgrenzen liegen, bekommen gar keine Finanzierung mehr bei der Bank. Unsere Förderung läuft also ins Leere.

Lang und breit haben wir im Rat diskutiert, ob wir diese nun anpassen oder nicht, wenn ja wieviel und ob dies gerechtfertigt ist.

Natürlich sollte man genau darüber nachdenken, wen man fördert und wie. Doch wichtig ist, dass wir die Lebensrealität der Menschen endlich anerkennen und hinter die Fassade der ach so guten Einkommen blicken. Diese sind nämlich gar nicht mehr so gut, wie sie auf den ersten Blick wirken. Daher ist es aus Sicht der CDU-Fraktion wichtig, die Einkommensgrenzen insbesondere der Familien mit Kindern der aktuellen Lage anzupassen. Dies ist nämlich keineswegs übertrieben und trifft auch nicht die „Reichen“, wie es von so mancher Fraktion bereits schon in den Raum geworfen wurde.

Gerne wird hier dann aufgeführt, dass wir doch lieber noch etwas mehr für die Schwachen und Mittellosen machen sollten. Doch hier muss ich deutlich intervenieren: Ein gegeneinander Auspielen ist hier nicht angebracht, dies halte ich für fatal und zutiefst unfair.

Wenn wir nicht möchten, dass eine ganze Generation abgehängt wird, sollten wir so langsam verstehen, dass es höchste Eisenbahn ist, den Mittelstand wieder verstärkt in den Blick zu nehmen und junge Menschen zu fördern, die Verantwortung für sich und die Allgemeinheit übernehmen. Das sollte nun auch der letzte hier verstanden haben.

Denn der Kuchen ist nur so lange zu verteilen, wie er auch erwirtschaftet wird.

Um Verdienste künftig besser einordnen zu können, lohnt sich durchaus ein Blick in Bedarfsrechnungen des Staates beispielsweise beim Bürgergeld oder bei staatlichen Förderprogrammen.

Eine 4-köpfige Familie, die beispielsweise Bürgergeld bezieht erhält schnell rund 2.000 € für den Lebensunterhalt, zusätzlich werden die Wohnungsmiete sowie die Nebenkosten vom Amt bezahlt, der Kindergarten ist kostenfrei und auch sonst gibt es weitere Vergünstigungen und Zuschüsse. Wenn man dies überschlägt, kommt man schnell auf ein monatliches Netto von 4.000 €. Da haben Menschen mit niedrigerem Einkommen es durchaus schwer, mitzuhalten und dies obwohl sie arbeiten. Das lasse ich an dieser Stelle lieber mal unkommentiert.

Ebenso spannend ist, dass die Bundesregierung Förderprogramme auf den Weg bringt, die beispielsweise eine vierköpfige Familie mit bis zu 110.000 € zu versteuerndem Einkommen ebenso für förderfähig hält. Dabei bezeichnet sie diese Familien im Wortlaut sogar mit „kleinen und mittleren Einkommen“. Dies sollte uns ebenso ermuntern, auch kommunal voranzugehen und heute die erhöhten Einkommensgrenzen auf den Weg zu bringen.

Auch für die Schwetzingen Höfe ist dies unseres Erachtens von wichtiger Bedeutung, denn die Förderung sorgt für eine notwendige soziale Durchmischung und eine gute Balance. Schließlich wollten wir doch mit dem damals beschlossenen Programm auch gerade Menschen eine Starthilfe geben, die hier aus unserer Stadt kommen und es sich ohne Förderung einfach nicht leisten können.

Als CDU-Fraktion stehen wir zu unserem Wort von damals und zur tragenden Säule unserer Gesellschaft – dem Mittelstand, der es heute schwerer hat als je zuvor. Wir stimmen der Vorlage daher sehr gerne zu.